

Freiheitsrechte in Tibet, im Kosovo, im Irak und anderswo: die moralische Unglaubwürdigkeit der demokratischen Welt

Demokratische Politik gibt sich gern in der Pose moralischer Überlegenheit, wenn nichtdemokratische Regime die Rechte von Minderheiten missachten. Nichts wäre in der Tat verwerflicher, als solche Verfehlungen widerspruchslos hinzunehmen, zumal es sich dabei zumeist auch um Menschenrechtsverletzungen handelt. Politisches Gewicht aber hat der Widerspruch hiergegen nur, wenn er von moralisch integren Regimen vorgetragen wird. An moralischer Integrität aber mangelt es nahezu der gesamten demokratischen Welt. Dieses moralische Defizit ist es, das - ein Beispiel unter vielen nur - die politische Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen in Tibet so verhalten ausfallen lässt. Demokratische Staaten mögen zwar formell widersprechen, aber sie tun dies vor allem in der Absicht, sich hiermit gegenüber der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Eine rückhaltlose Unterstützung der tibetischen und anderer ähnlicher Freiheitsansprüche sähe anders aus.

Dass es demokratischen Staaten auf internationaler Ebene an moralischer Integrität mangelt, hat natürlich vielerlei Gründe. Schon dass sie Angriffskriege wie im Irak geführt, unterstützt, gebilligt oder zumindest de facto toleriert haben, verwehrt ihnen auf absehbare Zeit jene moralische Glaubwürdigkeit, die moralischen Appellen an andere Staaten auch nur den Anschein von Seriosität gäbe. Staaten und Regierungen, die Schuld oder Mitschuld an vermeidbaren Kriegen mit Hunderttausenden von Opfern tragen, können nicht glaubwürdig über das Vorgehen Chinas gegen eine tibetische Minderheit richten, das aktuell „nur“ einige Dutzend Menschenleben gekostet hat. Das Unrecht auf Seiten des chinesischen Zentralstaates ist hier offenkundig, aber ebenso offenkundig ist das moralische Defizit demokratischer Regierungen, die sich hiergegen rhetorisch in Szene setzen.

Das moralische Dilemma: den Staat zusammenhalten oder Freiheitsrechte anerkennen?

Mit Freiheitsansprüchen ethnischer, kultureller und sonstiger Minderheiten, die sich von ihrem Zentralstaat mangelhaft repräsentiert fühlen, gehen demokratische Staaten von jeher argwöhnisch um. Der Hauptgrund hierfür ist, dass auch in der demokratischen Welt viele Minderheiten ihren Staat ablehnen oder die Zugehörigkeit zu ihrem Staat in Frage stellen. Wenn demokratische Staaten beispielsweise eine tibetische Minderheit auch im eventuellen Willen nach staatlicher Eigenständigkeit unterstützten, bekämen manche von ihnen es daher mit analogen Ansprüchen eigener Staatsbürger zu tun. Die Freiheitsansprüche der Tibeter vorbehaltlos anzuerkennen, und zwar bis hin zu einem eventuellen Anspruch auf Wiedererrichtung eines eigenen Staates, hieße daher, u.a. für Kosovaren und Serben, Flamen und Wallonen, Engländer und Schotten oder Spanier und Basken die Freiwillig-

keit der gemeinsamen Staatsbürgerschaft zum politischen Thema zu machen. Damit aber wäre eine politische Pandoraabüchse geöffnet, die demokratische Staaten bisher nach Kräften verschlossen halten, auch wenn dies die Missachtung von Minderheiten- und Menschenrechten mit sich bringt.

Viele Staaten, ob demokratisch oder nicht, würden früher oder später auseinanderbrechen, wenn in der Frage der Staatszugehörigkeit das größtmögliche Maß an Freiwilligkeit gewährt würde. Auseinanderbrechen würden Staaten wie China, die nur mit diktatorischer Strenge zusammengehalten werden können, auseinanderbrechen würden Protektorate westlicher Allianzen wie der Irak oder das Kosovo, und auseinanderbrechen würden letzten Endes auch manche demokratische Staaten selbst. Dass dies bisher selten geschieht, dass also im Regelfall bestehende Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeiten unangetastet bleiben, liegt daran, dass das Auseinanderbrechen von Staaten noch immer mit Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie assoziiert wird. Ein chinesisches Regime etwa kann sich daher stillschweigend auf das Argument berufen, der staatliche Zusammenhalt eines Milliardenvolkes sei den Preis einiger weniger, vielleicht hunderter oder sogar tausender Menschenleben wert. Auch demokratische Regime folgen bisher dieser moralischen Logik. Selbst missachtete Minderheiten in demokratischen Staaten lassen es daher - bei allem, gelegentlich auch militantem Protest - zumeist bei einer zähneknirschenden Akzeptanz bestehender Staatszugehörigkeiten.

Moralische Integrität durch politischen Assoziationsfreiheit?

Für demokratische Staaten ist dies natürlich ein gravierendes moralisches Dilemma. Moralisch wären sie in der Pflicht, die Freiheitsansprüche von Minderheiten zu unterstützen, aber moralische Pflicht ist es auch, Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie vorzubeugen. Noch versuchen demokratische Staaten sich in diesem Dilemma zu arrangieren, indem sie bestehenden Staatszugehörigkeiten und Staatsgrenzen - und damit der territorialen Integrität bestehender Staaten - klaren politischen Vorrang geben. Dies aber ist moralisch gesehen natürlich nur eine Notlösung. Vorrang vor den Freiheitsrechten von Bürgern kann die Unveränderlichkeit von Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeiten nur so lange haben, wie deren Preisgabe in der Tat zu Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie führen würde. Ganz und gar anders aber müsste das moralische Urteil ausfallen, wenn eine friedliche Neuordnung von Staatszugehörigkeiten und Staatsgrenzen möglich, wenn also die diesbezüglichen Freiheitsansprüchen von Minderheiten auf zweifelsfrei friedliche Weise durchsetzbar wären. Dann wäre über allen moralischen Zweifel erhaben, dass den Bürgern die so genannte politische Assoziationsfreiheit zu gewähren ist, ein Höchstmaß an Freiheit also über das Wer-mit-wem in Fragen der Staatszugehörigkeit.

In der bestehenden Demokratie allerdings ist diese Freiheit nicht realisierbar. Solange die Demokratie bleibt, wie sie ist, bleibt daher das moralische Dilemma ungelöst, dass staatlicher Zusammenhalt immer wieder auch zulasten von Menschenrechten und auf Kosten von Menschenleben sichergestellt werden muss. Aus diesem Dilemma könnten nur neuartige Staatsformen herausführen, Staatsformen nämlich, wie sie sich aus dem Neokratiekonzept ergeben. Wo Staaten

neokratisch strukturiert wären, würde es möglich, bestehenden Minderheiten politische Autonomie zu gewähren, ohne dass damit neue bedrohte Minderheiten entstünden. Wenn demokratische Staaten sich für neokratische Reformoptionen öffneten, wenn sie insbesondere die politische Assoziationsfreiheit für die eigenen Staatsbürger vorbehaltlos anerkannten, gewönnen sie daher auch die moralische Statur, um die Freiheitsansprüche von Minderheiten in nichtdemokratischen Staaten glaubwürdig zu unterstützen. Erst dann könnten aus Lippenbekenntnissen demokratischer Regierungen, die beispielsweise Sympathie für tibetische Freiheitsansprüche bekunden, wirklich glaubwürdige politische Engagements werden.

Ein solcher politischer Sinneswandel wäre natürlich radikal. Er würde nicht zuletzt ein neues Verständnis von Begriffen wie Staatsvolk und Staatsgebiet, von Gesellschaft und Parallelgesellschaft und von Mehrheit und Minderheit erfordern. Einfacher aber ist eine Lösung dieses Problems nicht zu haben. Solange es ungeklärt bleibt, werden demokratische Staaten weiterhin mit eigenen schwelenden Minderheitenproblemen leben müssen, und sie werden sich auch weiterhin zu aktiven oder passiven Komplizen von Staaten machen, die Minderheiten unterdrücken und ihnen Menschenrechte versagen. Wie brisant und wie aktuell dieses Problem immer wieder ist, zeigen Beispiele wie Tibet, der Irak, das Kosovo, das Baskenland oder auch Belgien zur Genüge. Diese Beispiele sind indes nur Spitzen eines Eisbergs, dessen weltweite friedliche Erkundung noch nicht einmal begonnen hat.

04 – 2008

www.reformforum-neopolis.de